



«ZÄMME FAHRE MIR BESSER!»



«PARKIEREN FÜR ALLE VERKEHRSTEILNEHMER»

«Zämme besser»-Initiativen

Der sozialistische Gegenvorschlag zu «Zämme fahre mir besser!» ist absurd

Die rot-grüne Mehrheit der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) will mit einem Pseudo-Gegenvorschlag zur Initiative «Zämme fahre mir besser!» die konfrontative Basler Verkehrspolitik sowie die einseitige Benachteiligung einzelner Verkehrsträger massiv verschärfen. Nach dem Willen der UVEK-Mehrheit soll bis 2050 das Privateigentum von Motorfahrzeugen egal welcher Antriebsart verboten werden. Der Gewerbeverband Basel-Stadt kritisiert dieses unlautere Vorgehen scharf.

Mit dem Pseudo-Gegenvorschlag der rot-grünen Mehrheit der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) zur Initiative «Zämme fahre mir besser!» soll die bestehende Basler Verkehrspolitik nicht nur zementiert, sondern nochmals deutlich verschärft werden. Der Zweck eines Gegenvorschlags wäre eigentlich, mit einem Kompromiss die Initianten zu einem Rückzug der Initiative zu bewegen. Der vorliegende Gegenvorschlag zieht dieses Prinzip jedoch ins Lächerliche.

Zwar nimmt auch der Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit die Streichung des Reduktionsziels auf, wonach der motorisierte

Individualverkehr bis 2020 um zehn Prozent abnehmen muss. Wie der Regierungsrat will die UVEK das Reduktionsziel jedoch durch ein Wachstumsverbot ersetzen, welches den raumplanerischen und volkswirtschaftlichen Zielsetzungen der Behörden zuwiderläuft.

Verbot des Privateigentums von Motorfahrzeugen

Kernstück des Gegenvorschlags ist eine äusserst eng eingegrenzte Definition von «umweltfreundlichem Verkehr». In Kombination mit einer ebenfalls neuen Zielsetzung, bis 2050 ausschliesslich umweltfreundliche Verkehrsmittel in Basel zulassen zu wollen, führt diese Regelung zu einem Verbot von Motorfahrzeugen mit Verbrennungsmotor jeglicher Art. Als besonders radikaler Eingriff würde zudem die Benützung von vollmotorisierten Fahrzeugen im Privateigentum unabhängig von der Antriebsart verboten. Spätestens hier wird klar, dass es der UVEK-Mehrheit weniger um den Klimaschutz geht, sondern vielmehr um die Erreichung einer sozialistischen Gesellschaftsfantasie.

Interessanter Gegenvorschlag der bürgerlichen Kommissionsminderheit

Zu begrüssen sind hingegen die Überlegungen der bürgerlichen UVEK-Minderheit, welche die bestehende Gesetzgebung im

Sinne eines Gegenvorschlags an die Ziele der Initiative anpassen will. Ihr Gegenvorschlag nimmt die Hauptforderungen der Initiative auf und hat eine Verkehrspolitik des Miteinanders und des Ausgleichs zum Ziel. Das 10-Prozent-Reduktionsziel würde durch eine realistische Wachstumsbeschränkung ersetzt. Neu dürfte sich die Verkehrsleistung höchstens proportional zum Wachstum der Wohnbevölkerung und der Beschäftigtenzahlen entwickeln.

Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» kommt direkt vors Volk

Die UVEK hat sich auch mit der zweiten Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» auseinandergesetzt. Das Initiativkomitee hatte sich gegenüber dem Regierungsrat wie auch im Rahmen eines Kommissionshearings für die Möglichkeit eines Gegenvorschlags offen gezeigt. Jedoch waren weder der zuständige Departementsvorsteher noch die rot-grüne Kommissionsmehrheit interessiert. Der Gewerbeverband Basel-Stadt ist sehr erfreut, dass die bürgerliche Kommissionsminderheit die Initiative, welche voraussichtlich im November oder Februar zur Abstimmung gelangt, zur Annahme empfiehlt.

Weitere Informationen:
www.zaemme-besser.ch